

2.5. Straftaten zur Erzwingung der Übersiedlung

Wegen Straftaten zur Erzwingung der Übersiedlung in das kapitalistische Ausland wurden im Jahre 1988 gegen insgesamt

1291 (549)⁺ Personen (davon gegen 77 ohne Haft)

Ermittlungsverfahren eingeleitet.

(Weitere 690 (1987 = 401) Personen, die in der Vergangenheit bei den staatlichen Organen der DDR gleichfalls Ersuchen auf Übersiedlung gestellt hatten, wurden im Berichtszeitraum wegen versuchten ungesetzlichen Grenzübertritts (625/ 1987 = 352) bzw. anderer Straftaten (65/ 1987 = 49) in Bearbeitung genommen.)

Zur Durchsetzung ihrer Übersiedlung hatten die in Bearbeitung genommenen Personen:

| | |
|---|-----------------------------|
| Verbindung zu in der BRD etablierten feindlich gegen die DDR tätigen Organisationen aufgenommen bzw. aufzunehmen versucht, | 113 = 8,8 % (48 = 8,7 %) |
| Nachrichten an staatliche Einrichtungen und Einzelpersonen im kapitalistischen Ausland übermittelt bzw. den Versuch dazu unternommen, | 137 = 10,6 % (208 = 37,9 %) |
| provokativ-demonstrative Handlungen in der Öffentlichkeit durchgeführt bzw. ein derartiges Vorgehen angedroht, | 921 = 71,3 % (245 = 44,7 %) |
| die gesellschaftlichen Verhältnisse in der DDR in schriftlicher bzw. mündlicher Form herabgewürdigt. | 120 = 9,3 % (48 = 8,7 %) |

⁺ Vergleichszahl 1987